Zeitschrift: Thema-Bulletin = Bulletin thématique / Forum Helveticum

Herausgeber: Forum Helveticum

Band: 1 (2001)

Rubrik: Teil III: Organisationen der Zivilgesellschaft = Partie III: Organisations de la société civile

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

TEIL III: ORGANISATIONEN DER ZIVILGESELLSCHAFT

PARTIE III: ORGANISATIONS DE LA SOCIÉTÉ CIVILE

EIN KOMPASS HAT VIER HIMMELSRICHTUNGEN

Thomas Buomberger, Gemeinden Gemeinsam Schweiz

Es scheint, dass der öffentliche Diskurs über die Schweizer Europapolitik ganz auf die Frage fixiert ist: EU-Beitritt ja oder nein. Dass ein Land, das als weisser Fleck inmitten der Europäischen Union liegt und das 60 Prozent seiner Exporte und fast 80 seiner Importe mit der EU abwickelt, sich dieser Fokussierung nicht entziehen kann, liegt auf der Hand. Durch diese Verengung des Blickwinkels nimmt man also von der Berner Bundesterrasse aus ringsum nur Länder wahr, die zur EU gehören. Um mehr zu sehen, müsste man vielleicht etwas höher steigen. Man entdeckte dann nämlich eine Region, aus der etwa 350'000 Menschen in der Schweiz leben und damit die grösste Ausländergruppe sind, eine Region, mit einem bemerkenswerten kulturellen Reichtum und eine Region, mit der die Schweiz seit Jahrzehnten enge Beziehungen hat: Den Balkan (oder, um diesen von den Nazis diskreditierten Begriff zu vermeiden, Südosteuropa, wozu allerdings auch das EU-Land Griechenland gehört).

In der gegenwärtigen Wahrnehmung mag diese Region nicht besonders attraktiv erscheinen: Stereotype von einem aggressiven, hinterhältigen, kriminellen, gewalttätigen Menschenschlag sind in der Schweizer Bevölkerung stark verbreitet, Medienberichte von Drogenbanden aus dem früheren Jugoslawien gehören zu Dauerbrennern, und dass Südosteuropa während Jahrhunderten und bis in die jüngste Vergangenheit Schauplatz blutiger Auseinandersetzungen war, rundet das Negativbild ab. Allerdings wird bei diesen Klischees selten Ursachenforschung betrieben. So ist zum Beispiel der ethnische Nationalismus, dessen übersteigerte Ausprägung eine der Ursachen der jüngsten Kriege auf dem Balkan war, ein Kind der deutschen Romantik des 19. Jahrhunderts, das von Intellektuellen in ganz Europa begeistert adoptiert und später von ruchlosen Politikern pervertiert wurde. Nicht nur im Balkan, auch im Westen war der Nationalismus eine ideologische Waffe in blutigen Kriegen.

Wer nur wirtschaftlich, utilitaristisch denkt, der wird heute einen Bogen um Südosteuropa machen. Die meisten Länder sind am Boden, sie können uns nichts abkaufen. Weniger als ein Prozent der Schweizer Exporte fliessen in diese Region. Investitionen werden kurzfristig kaum einen grossen Ertrag bringen, was nicht heissen soll, dass man nicht investieren soll, im Gegenteil. Gerade wer langfristig, volkswirtschaftlich und politisch denkt, muss heute investieren, auch wenn erbsenzählende Betriebswirtschafter davon abraten wer-

den. Denn die Rendite lässt sich vielleicht nicht in Prozenten ausrechnen, sondern in wirtschaftlicher und damit auch politischer Stabilität.

Doch die Schweiz hat ganz andere als materielle Erfolgsprodukte, die sie nach Südosteuropa exportieren kann. Zum Beispiel die Tradition eines jahrhundertelangen friedlichen Zusammenlebens verschiedener Kulturen, Sprachen, Minderheiten und Religionen. Oder die Vorstellung, dass sich der Staat Schweiz nicht über eine dominierende Ethnie definiert, sondern über ein Bekenntnis zu gemeinsamen Werten, zu einer Verfassung, in der Minderheiten ausdrücklich geschützt sind. Oder man könnte zeigen, wie ein das Selbstverständnis der Schweiz gefährdender Konflikt, der Jurakonflikt, in einem beispielhaften Prozess auf friedliche Art gelöst wurde.

Jugoslawien war ein zentralistischer Staat, die Nachfolgestaaten haben dieses Erbe übernehmen müssen, die Städte und Gemeinden leiden unter diesem Erbe. Alle diese Staaten sind allerdings daran – nicht zuletzt auf Drängen internationaler Organisationen – ihre Staatsstruktur zu dezentralisieren, den Kommunen mehr Rechte und Kompetenzen einzuräumen. Auch bei dieser Reorganisation des Staatsaufbaus hat die Schweiz mit ihrer Tradition des Föderalismus, der Lokaldemokratie und der Gemeindeautonomie viel Know-how zu bieten.

Südosteuropa gleicht in ethnischer Hinsicht einem Flickenteppich; es gibt Gegenden, in denen Mitglieder von weit über einem Dutzend ethnisch verschiedener Gruppen leben. Im politischen Verständnis und im Alltag allerdings herrscht meist die zahlenmässig dominierende Ethnie vor: In Serbien die Serbien, in Mazedonien die Mazedonier, in Kosovo heute die Albaner. Minderheiten hatten und haben sich den Mehrheiten zu fügen. Für uns ist schwer nachvollziehbar, dass ein Land wie Mazedonien, in dem ein Viertel Albaner leben, in der Verfassung die Mazedonier zum staatstragenden Volk erklärt. Wer schon erlebt, welches Staunen bei Gesprächspartnern im Balkan Schilderungen über die Berücksichtigung von Minderheitenmeinungen bei der Entscheidfindung in der schweizerischen Politik ausgelöst haben, kann erahnen, welch brachliegendes Gebiet bei der Minderheitenpolitik noch zu beackern ist.

Eine demokratische Gesellschaft und Minderheitenschutz gehören zusammen. Das war und ist eines der Grundprinzipien der 1992 während des Bosnienkrieges gegründeten Organisation *Gemeinden Gemeinsam Schweiz (GGS)*. Sie will durch gegenseitigen Austausch, menschlichen Kontakt und konkrete Hilfsprojekte in multiethnischen Gemeinden das friedliche Zusammenleben und eine Zivilgesellschaft fördern.

Diese Ziele sollen vor allem über Partnerschaften zwischen Gemeinden und Städten angestrebt werden, denn solche Partnerschaften bringen nicht nur auf der menschlichen Ebene unvergessliche Begegnungen, sondern sind eine der effizientesten und direktesten Möglichkeiten, Werte von Toleranz und Respekt zu diskutieren und zu vermitteln. Das hat *Bundespräsident Moritz Leuenberger* wohl auch bewegt, in seiner Ansprache zum Europatag vom 5. Mai 2001 die Partnerschaft zwischen der Gemeinde Köniz und der serbischen Gemeinde Prijepolje als positives Beispiel zu würdigen. Er sagte: „Das Wissen um die Freunde in der Schweiz hat den Menschen in Prijepolje den Rücken gestärkt. Das Dorf hat während dem Balkankrieg nicht nur die Kraft gehabt, eine multiethnische Gemeinschaft zu bleiben, sondern es hat zusätzlich auch Flüchtlinge aufgenommen. Es ist so selbst humanitär aktiv gewesen und hat den Frieden in seinem Land und in Europa ein Stück weiter gebracht." Dass er gerade am Europatag eine serbisch-schweizerische Partnerschaft im Rahmen von GGS ins Zentrum seiner Rede gestellt hat, zeigt, dass für ihn Europapolitik eben auch bis in den Südosten reicht.

Die Bereitschaft von Politikern, Mitgliedern von Gemeindebehörden, Vertreterinnen von NGOs und andern zivilgesellschaftlichen Institutionen in Südosteuropa von schweizerischen Erfahrungen zu profitieren, ist gross. Diesem Bedürfnis sollten wir entgegenkommen – ohne Besserwisserei. Zum Glück haben uns die Ereignisse der vergangenen Jahre im Zusammenhang mit der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg von einem Stück Selbstgerechtigkeit befreit und die Schweiz auf das Mass eines ganz normalen Landes zurechtgestutzt, so dass wir zwar mit Selbstbewusstsein, aber ohne Überheblichkeit und Arroganz unsere Erfahrungen an diejenigen weitergeben können, die danach verlangen. Dass die Schweiz Beispiel sein kann, erwähnte auch der jugoslawische Präsident Voijslav Kostunica anlässlich des Besuches von Bundespräsident Moritz Leuenberger, indem er besonders den schweizerischen Föderalismus hervorhob.

Doch die Schweiz soll nicht nur ihr erfolgreiches Staatsmodell exportieren, sondern auch der Importseite Beachtung schenken. Und da gibt es insbesondere auf kulturellem Gebiet einiges, das zur Bereicherung der Schweiz beitragen würde: Die von Humanismus und Toleranz geprägten Bücher von Ivo Andric, dem serbisch-kroatischen Literatur-Nobelpreisträger, die von multikulturellem Geist sprühenden Filme und Lieder von Emir Kusturica, die aufrüttelnden Songs von Balasevic oder die psychologisch tief gründenden Geschichten von Aleksander Tisma. Und neben diesen bekannten Künstlern gibt es unzählige bei uns unbekannte Talente, die noch zu entdecken sind.

Man mag sich scherzhaft fragen, ob wohl die Schweiz oder Jugoslawien eher der EU beitreten werden. Die Schweiz braucht die EU nicht – so hört man in Belgrad –, während Jugoslawien in den nächsten Jahren alles versuchen wird, um die Bedingungen für einen Beitritt zu schaffen. Dennoch ist davon auszugehen, dass die beiden Länder wohl in den nächsten zehn Jahren abseits stehen werden, die einen freiwillig, die andern unfreiwillig. Das aber könnte gerade die Schweiz veranlassen, mit den Ländern in Südosteuropa besondere Beziehungen herzustellen und mitzuhelfen, die schwierige wirtschaftliche Transitionsphase mit unvermeidlichen sozialen Spannungen zu meistern, den Demokratisierungsprozess zu vertiefen und das Bewusstsein für Minderheitenrechte zu verankern.

Die Schweiz hat wohl genügend diplomatische Ressourcen, um sowohl die Beziehungen zur EU zu pflegen als auch „special relations" zu den Ländern Südosteuropas anzubahnen. Diese Beziehungen hätten den Vorteil, dass wir in Belgrad und andern Hauptstädten der Region in positivem Sinn wahrgenommen würden als diejenigen, die uneigennützig zum Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft beitragen, während wir in Brüssel eher das Image von egoistischen Rosinenpickern haben. Als gewichtiges Nicht-EU-Mitglied kann die Schweiz mithelfen, dass die Länder Südosteuropas in den Metropolen des Nordens nicht vergessen gehen. Und vielleicht wird so auch eine Diskussion innerhalb der EU angezettelt, dass sie sich nicht nur Richtung Osten, sondern auch Südosten erweitert soll – dannzumal hoffentlich ohne weissen Fleck im Herzen Europas.

EUROPA BLEIBT AKTUELL

Thomas Christen, Neue Europäische Bewegung Schweiz

Sonntagnachmittag, 4. März, 16.00 Uhr. Es ist bereits klar, dass alle Stände die Initiative «Ja zu Europa!» ablehnen werden. Erste Interpretationen werden gesucht. Ständerat Merz, der sein Nein noch in der Abstimmungskampagne mit der Unterstützung des Bundesrates begründete, will von dieser Unterstützung plötzlich nichts mehr wissen und fordert den Bundesrat auf, in Sachen EU nun endlich den Fuss vom Gas zu nehmen.

18.00 Uhr. Mittlerweile ist auch der letzte Kanton ausgezählt. Über 76% der Schweizer Bevölkerung sagen Nein zur Initiative «Ja zu Europa!». Elefantenrunde. Die Interpretation bleibt dieselbe. Steinegger und Durrer erklären unisono, dass bis zum fakultativen Referendum über die Fortsetzung der Bilateralen Verträge sieben Jahre nach deren Inkrafttreten die Frage eines EU-Beitrittes nicht mehr zur Debatte stehe. Also bis mindestens 2009. Das heisst im Klartext: In diesem Jahrzehnt haben wir sicherlich mal Ruhe vor einer erneuten EU-Beitrittsdiskussion. Ergo: Rein ins Gefrierfach mit der EU-Frage. So weit so gut.

Das gibt etwas Luft für nationale Themen. Vorschlag 1: Stau am Gotthard. Was für eine herrliche Diskussion – Giezendanner gegen Hämmerle in der Arena. Zweiter Gotthardtunnel, ja oder nein. Plötzlich dreht sich die Diskussion um den Zoll bei Chiasso. Man ist sich einig, dass diese Grenzkontrolle zur Zeit *das* Nadelöhr ist. Die Lösung wäre eigentlich einfach: den Zoll abschaffen, wie dies bei einem EU-Beitritt der Fall wäre...und schon landet man wieder beim Thema EU.

Gut, dieses Thema war vielleicht nicht gerade glücklich gewählt. Vorschlag 2: Swissair. Noch die interessantere Diskussion. Jeder hätte es besser gemacht als das alte SAir-Management. Was sich da Bruggisser, Honegger & Co geleistet haben, geht auf keine Kuhhaut. Das Unterfangen Sabena war ja von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Warum ist man auf so etwas überhaupt eingegangen? Aha, ausschlaggebend war die Diskriminierung der schweizerischen Fluggesellschaft auf dem europäischen Markt...? Moment, halt, nicht schon wieder die EU.

Schnell, Themenwechsel. Vorschlag 3: Das Flughafenabkommen zwischen

der Schweiz und Deutschland. Maurer hat es schon immer gewusst, Ledergerber erst seit kurzem – Bundesrat Leuenberger kann einfach nicht gut verhandeln. Sein Abkommen mit Deutschland ist diskriminierend und für die Zürcher Wirtschaft äusserst schädlich. Und dann dies: Der Bundespräsident erklärt, dass er schon seit langem mit seinem deutschen Kollegen sprechen wollte, dieser sich aber schlicht geweigert habe. Wäre es da doch nützlich gewesen, ist man versucht zu denken, wenn er am Rande einer Ministertagung in Brüssel dieses Thema hätte anschneiden können...und schon wieder landet man bei der EU.

Mittlerweile sind erst rund drei Monate vergangen seit der klaren Niederlage der Initiative «Ja zu Europa!». Und es zeigt sich: Kaum eine Woche vergeht ohne Ereignis, welches das Verhältnis der Schweiz mit der EU betrifft. Uns ist allen klar: Das Schweizer Volk hat am 4. März Nein zur sofortigen Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gesagt. Das gilt es unumwunden zu akzeptieren. Aber etwas anderes ist eben auch klar: Das Europadossier kann man nicht so einfach in den Gefrierschrank schieben und wieder hervornehmen, wenn man Zeit und Lust hat – so wie das gewisse Kreise gerne möchten. EU ist eben nicht Armeeabschaffung, Frauenquote oder konstruktives Referendum. Die Schweiz liegt mitten im Europa der EU. Sie ist betroffen von unzähligen Entscheiden und benachteiligt in unzähligen Gebieten.

Gotthard, Swissair und Staatsvertrag mit Deutschland sind heute aktuell. Die Auswirkungen der Einführung des Euro auf die Schweizer Wirtschaft, die Folgen des Schengen-Visums für den Schweizer Tourismus oder die Konsequenzen der Osterweiterung für die Bilateralen Verträge liegen noch in der Zukunft. All dies beschäftigt die Schweiz heute und in den kommenden Jahren – trotz der klaren Niederlage der Initiative «Ja zu Europa!».

Europa bleibt aktuell – und daher bleibt auch eine starke proeuropäische Bewegung aktuell. Eines hat uns die Abstimmungskampagne zur Initiative «Ja zu Europa!» deutlich vor Augen geführt: Die Verunsicherung beim Thema EU ist in der Bevölkerung immer noch sehr gross. Es wird daher weiterhin entscheidend sein, Fragen zur europäischen Integration zu thematisieren und auf die Nachteile eines Alleinganges aufmerksam zu machen. Ungeachtet des Abstimmungsergebnisses ist die NEBS überzeugt, dass längerfristig die Interessen der Schweiz mit einem EU-Beitritt am besten gewahrt werden können. Nur so kann die Schweiz als gleichberechtigter Partner dort mitentscheiden, wo die wichtigen Entscheide gefällt werden. Die NEBS wird sich daher auch weiterhin entschieden für einen Beitritt der Schweiz zur EU einsetzen.

Im Hinblick auf einen Beitritt der Schweiz zur EU sind in den nächsten Jahren innenpolitische Reformen von zentraler Bedeutung. Dazu gehören unter anderem eine Staatsleitungsreform, eine Reform der Volksrechte oder auch eine Steuerreform. Die NEBS wird die nötigen Reformen mit Nachdruck fordern und wird sich auch zum Verlauf dieser Reformen kritisch äussern.

Gleichzeitig gilt es für die NEBS auch, andere aussenpolitische Themen anzugehen. Nachdem sich die NEBS klar hinter die Revision des Militärgesetzes gestellt hat, steht im kommenden Jahr ein weiteres wichtiges aussenpolitisches Thema auf der Agenda: Die Frage eines UNO-Beitrittes. Die NEBS wird sich ohne Wenn und Aber hinter das Anliegen stellen und sich dafür einsetzen, dass die Schweiz als 190. Staat der UNO beitritt und damit einen solidarischen Beitrag an eine friedlichere Welt leistet.

Europapolitisch im Rampenlicht befindet sich momentan die Mitte Januar begonnene zweite Runde der Bilateralen Verhandlungen. Dabei stehen neben den Left overs aus der ersten Verhandlungsrunde weitere wichtige Themen auf der Traktandenliste: Zinsbesteuerung, Schengen, Dublin. Für die NEBS gilt es, diesen Prozess aus Sicht von EU-Befürwortern kritisch zu begleiten und ihren eigenen Standpunkt zu definieren. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Bereich «Schengen/Dublin». Im jetzigen Zeitpunkt wäre es noch verfrüht, sich klar *gegen* oder klar *für* eine Assoziierung in diesem Gebiet auszusprechen. Aufzuzeigen ist, welche Bedenken insbesondere im institutionellen Bereich noch bestehen (fehlende Mitentscheidungsmöglichkeit). Gleichzeitig wird die NEBS aber auch die grundsätzlichen Vorteile einer Zusammenarbeit in den Bereichen «Schengen/Dublin» darlegen und durchblicken lassen, dass sie sich einer klugen schrittweisen Annäherung an die EU nicht vollständig verschliesst. Ein ewiger Bilateralismus dagegen kann selbstredend keine Lösung sein für einen souveränen Staat.

Europa bleibt aktuell – die NEBS auch. Das Feld der Europapolitik darf nicht einfach der AUNS und ihren Halb- und Unwahrheiten überlassen werden. Eine starke proeuropäische Kraft ist auch in Zukunft für die Schweiz von zentraler Bedeutung.

LE NON DU 4 MARS, UNE OCCASION POUR REBONDIR !

Stéphane Montangero, Conseil Suisse des Activités de Jeunesse

Le 4 mars 2001 fut une défaite pour toutes les personnes croyant en l'ouverture rapide de négociations d'adhésion à l'Union européenne, en la possibilité de notre pays d'aller plus vite que la politique des petits pas. Mais ce fut aussi une occasion formidable d'identifier les points et les questions sensibles auxquels il s'agit de pouvoir apporter des réponses franches et claires lors du vote de notre pays pour adhérer à l'UE. Certes, le chemin avant cette votation historique est encore long, mais une balise importante a été posée ce printemps, quoiqu'en disent les partisans du « non raisonnable » ou du « non résolu ».

La Suisse peut, au lendemain de l'échec de l'initiative dite des jeunes « Oui à l'Europe ! », envisager son futur européen de deux manières : attendre jusqu'au moment où elle sera économiquement contrainte et forcée d'entrer au sein de l'Union européenne, ou alors maintenir le cap et donner un signe politique fort plus ou moins rapidement.

En effet, suite à cette votation, nous pouvons remarquer plusieurs faits pour le moins significatifs : tout d'abord, le gouvernement parle énormément de l'UE. Non pas en terme d'adhésion à l'institution, mais à ces traités phares, tels que Schengen ou Dublin. Il explique l'importance pour notre pays de pouvoir participer à ces espaces de sécurité. D'autre part il y a les fameux accords bilatéraux. Alors qu'est envisagé un deuxième paquet d'accords, comprenant notamment les espaces précités, les premiers ne sont toujours pas ratifiés par tous les états membres de l'Union… Visiblement, le dossier n'est pas pour l'UE aussi simple à traiter que veut le faire croire notre gouvernement. Ce qui montre que l'Union européenne et ses divers états membres soufflent le chaud et le froid. Et souvent le froid. Par exemple avec Mme Reding, commissaire européenne pour la Culture, la formation et la jeunesse, qui n'hésite pas à dire que « la Suisse devra très rapidement cesser sa politique de pique-assiette et se déterminer sur son intégration totale ou non à l'UE ». Ou la lettre de Chris Patten. Ou encore le rapport d'Arnaud Montebourg.

Comme nous le constatons, l'UE n'accepte visiblement plus que la Suisse veuille avoir le beurre et l'argent du beurre. Elle a exclu les programmes « jeunesse », dont il était convenu qu'ils allaient de soi dans les left overs des bilatérales 1, avec des raisons qui ressemblent énormément à des prétextes.

Et de pareils exemples peuvent être multipliés à l'envi. En fait, l'UE essaie de faire comprendre à la Suisse qu'elle désire une position claire de sa part. Or, la position du Conseil fédéral durant la campagne de mars dernier, réaffirmant le but stratégique tout en combattant l'initiative, pose problème à l'heure d'envisager des collaborations plus étroites encore, par exemple avec Schengen et Dublin. Il s'agit de la part de nos autorités de donner à l'UE des signes politiques clairs, comme un dégel de la demande d'adhésion.

On objectera à cette volonté qu'elle est trop, que le résultat du 4 mars est clair, qu'il faut respecter la décision du souverain. Certes, et la réactivation de la demande d'adhésion n'est pas pour demain, le Conseil fédéral étant tétanisé par Christoph Blocher et ses troupes nationalistes. Mais elle peut très bien avoir lieu quelques mois après l'entrée en vigueur des accords bilatéraux. Il faut en effet se rendre compte que pour la majeure partie des personnes qui ont posé un « non » dans l'urne du 4 mars, c'est le calendrier qui posait problème. Il ne fallait pas aller trop vite. Du moins pas plus vite que ce que préconisent le Conseil fédéral et economiesuisse. Et le principal point était le fait de ne pas débuter l'étape suivante avant que la première soit achevée. Avec l'entrée en vigueur de ces accords, une importante barrière psychologique est franchie. Et si ces mêmes acteurs politiques et économiques préparent le terrain et annoncent que la situation a changé, que notre pays doit se déclarer candidat à l'adhésion afin de mieux défendre ses intérêts, seuls les francs tireurs de l'ASIN et de la droite dure tenteront d'empêcher le processus.

Nous l'avons vu, le facteur temps est capital dans le dossier européen. L'Union européenne est un processus en marche. Etape après étape, elle se construit, augmente son acquis communautaire, développe sa volonté politique commune. Et il faut bien voir que ces évolutions ont une incidence majeure sur notre quotidien. Prenons l'exemple de l'Euro : dès le début de l'an prochain, avec son introduction effective, ce qui pourrait paraître anecdotique va se révéler en fait un formidable vecteur d'intégration des états membres et un « ciment rapide » pour l'UE. Et pour les états périphériques, encore d'avantage pour un état se trouvant au cœur de l'Union, ces éléments seront aussi importants que pour les états membres : très rapidement les personnes vivant en Suisse ne pourront faire autrement que d'avoir deux porte-monnaie, l'un avec nos francs et l'autre avec des Euros. Par ailleurs, toute l'information va basculer dans l'Euro. Ainsi, lorsque nous lirons la presse de nos voisins ou regarderons la télévision européenne, nous serons baignés dans l'Euro.

Par ailleurs, l'entrée en vigueur des accords bilatéraux permettra au peuple

suisse de vivre en collaboration étroite avec l'UE. C'est du moins ce que vont penser bon nombre de citoyennes et citoyens, même si dans les faits, les changements annoncés ne seront pas spectaculaires. La population se rendra simplement compte que l'UE n'apporte pas mille maux, qu'il n'est pas si compliqué de travailler en étroite collaboration avec nos voisins et que nous pouvons très bien approfondir nos relations avec eux. Mais surtout, l'étape psychologique citée plus haut sera franchie : les accords bilatéraux seront en vigueur, nous pourrons aller de l'avant.

Enfin, une étape importante réside dans le vote sur l'adhésion à l'ONU. En effet, ce vote aura une importance capitale pour la suite de notre politique d'ouverture. Si le peuple accepte d'entrer au forum des peuples, de faire ce pas nécessaire qui nous permettra de participer au seul forum mondial démocratique, alors c'est l'ensemble de notre politique d'ouverture, de collaboration internationale qui s'en trouvera dynamisée.

Ainsi donc très rapidement, notre pays va devoir vaincre de nombreuses peurs concernant l'abandon de la neutralité et la perte d'indépendance. Et, ces trois étapes franchies, il n'y aura plus aucun problème politique pour que le Conseil fédéral donne un signal d'ouverture fort, en dégelant la demande d'adhésion. Alors, un long processus de négociations se mettra en place. Il conviendra pendant cette longue période amenant à la votation d'adhésion de bien expliquer les enjeux, de montrer les avancées obtenues par le biais des bilatérales, d'expliquer ce qu'est l'Union européenne, vers quoi elle tend, quels sont ses buts, son parcours et ses résultats. Il conviendra de ne manquer aucune occasion de souligner les aspects positifs de l'adhésion, tout en ne niant pas les problèmes, mais aussi en expliquant clairement lesquels de nos problèmes actuels sont liés à notre non-adhésion.

Le 4 mars a été une étape importante dans ce processus d'ouverture. Il a certainement servi d'électrochoc à la Suisse et a été un fantastique révélateur de la configuration de notre pays à ce moment. Mais au-delà du seul cliché de société, le 4 mars a permis d'identifier les questions clés, les problèmes à résoudre absolument pour pouvoir adhérer. Par ailleurs, toutes les personnes qui à l'époque de l'initiative « Oui à l'Europe ! » ont proclamé le « non raisonnable », ne pourront être traitées d'idéalistes ou d'utopistes lorsqu'elles prôneront le « Oui à l'Union européenne » ! Et les Kudelski, Balet ou autres Couchepin seront alors les principaux acteurs de l'adhésion. La pierre d'achoppement du 4 mars aura eu ainsi toute son utilité, permettant de faire rebondir le processus d'adhésion plutôt que de l'enterrer !

L'HISTOIRE CONSTITUTIONNELLE SUISSE INSPIRATRICE DE LA RÉFORME DES INSTITUTIONS EUROPÉENNES ?

Jacques-André Tschoumy, Maison de l'Europe Transjurassienne

Quand on parle d'Europe, en Suisse, tout de suite on pense aux Accords bilatéraux ou au vote du 4 mars 2001. Or, sept accords ne peuvent fermer la réflexion pour sept ans, notre rapport à l'Europe ne se confine pas à la libre circulation des personnes, au transport et à la recherche. Et les démocraties sont des cocottes-minutes. Lorsque le discours politique se ferme pour un temps, c'est aux sociétés civiles de prendre le relais et d'exprimer un discours civique. Toute notre histoire suisse est marquée de cette vitalité.

L'histoire constitutionnelle suisse en référence

Or, la Suisse ne peut rester indifférente au débat sur la réforme des Institutions européennes. C'est tout 1848 qui lui revient en tête. Au très récent discours de Lionel Jospin et à son modèle d'une Suisse d'avant-1848, celui de « *la grappe de raisins* »-, s'oppose le modèle allemand de Gerhard Schröder, celui de la Suisse d'après-1848, -dit de « *l' orange* ». L'axe Paris-Bonn était autrefois proclamé « colonne vertébrale » de l'Europe à créer. Le nouvel axe Paris-Berlin a ses premières distorsions.

Il est donc particulièrement significatif que des milieux proches de Bruxelles et de Strasbourg aient demandé à une organisation non gouvernementale, à la fois civique, civile, européenne et suisse, de construire au cours de l'hiver 2001/02 une Conférence intitulée : *« L'histoire constitutionnelle suisse, source d'inspiration pour l'avenir de l'Europe ? »*

Les organisateurs, au niveau européen, sont une ONG reconnue auprès de l'Union Européenne, la *Fédération Internationale des Maisons de l'Europe*, à Saarbrücken, en Allemagne, et en Suisse, la *Maison de l'Europe Transjurassienne*, installée à Neuchâtel. La Conférence réunira divers experts et se déroulera en trois sessions successives à Otzenhausen, en Allemagne, à Lyon, en France, puis au Château de Lenzbourg, en Suisse. L'ensemble de la manifestation a reçu le Haut-Patronage du Département fédéral des Affaires étrangères, par le conseiller fédéral Joseph Deiss, de la Commission de l'Union Européenne, du Conseil de l'Europe, et d'Arnold Koller, ancien Conseiller fédéral, président actuel du Forum Helveticum. Les travaux seront régulièrement

diffusés sur sites Internet de la Maison de l'Europe et du Forum Helveticum. Soutenue par financements publics, semi-publics et privés, européens et suisses, la manifestation bénéficie de l'appui actif des conseillers nationaux Barbara Polla (PL), François Lachat (PDC), président de la Délégation parlementaire suisse au Conseil de l'Europe, Yves Christen (PRD), futur Président du Conseil national, et Andy Gross (PS), membre de la Délégation parlementaire suisse au Conseil de l'Europe.

C'est maintenant le bon moment

L'examen comparé des Constitutions suisse et européenne tombe à point nommé. Le Sommet de Nice de décembre 2000, par sa Charte des droits fondamentaux, a fondé les bases de construction d'une Constitution européenne, et 2004 est la date prévue pour une réforme aboutie des institutions européennes. C'est donc le bon moment. D'aucuns pourraient penser que la modestie siérait à la Suisse. Le vote négatif du 4 mars est dans toutes les mémoires. Et la faible taille de la Suisse, avec ses sept millions d'habitants, obligerait à plus de pudeur, selon certains. Notre réponse est négative. La taille comparée d'ensembles fédérés de sept et de 380 millions d'habitants, ne joue aucun rôle en l'espèce. Le thème est en tous points identique et pour l'Europe, même élargie à 700 millions, et pour la Suisse : faire tenir ensemble un ensemble divers.

Vues controversées

Le principe même de fédéralisme est disputé. Les uns, en France, lui prêtent une menace, à terme, pour les Etats constitutifs. « A l'image des Länder allemands et des Etats fédérés américains », ajoute Lionel Jospin, dont la perception est connotée par toute une histoire de France.

Mais Appenzell, les Grisons et Vaud auraient-ils survécu sans le fédéralisme ? Pour nous, Suisses, le fédéralisme est au contraire garant de l'identité cantonale. Notre Constitution le dit explicitement. Voilà pourquoi, en 1848, fut fondée la Suisse moderne, avec ses deux Chambres et sa double majorité. Le mécano est compliqué, certes. Mais il permet qu'un édifice complexe tienne ensemble. Et que se valorisent les diverses composantes de l'Etat, dans une juste distribution des tâches. C'est cela qui intéresse l'Union Européenne, et c'est cela qui sera particulièrement développé lors de la session de Lyon, en regard d'une histoire constitutionnelle française à parcours bien différent.

Débat civique permanent

Lorsque le discours politique est bloqué, il appartient aux sociétés civiles de lever le couvercle, et de prendre le relais. Toute notre histoire suisse s'est construite dans ce débat jamais terminé et sans cesse relancé. Voilà pourquoi la Maison de l'Europe transjurassienne a accepté la demande internationale de conduire la Conférence, en lien avec Forum Helveticum et diverses organisations civiques suisses. Voilà pourquoi, à Otzenhausen, en Sarre allemande, en septembre 2001, à Lyon en décembre, et au Château de Lenzburg, lieu symbolique, en avril 2002, à la veille de l'Exposition nationale, l'histoire constitutionnelle européenne se mesurera à l'histoire constitutionnelle suisse.

L'une s'inspirera-t-elle de l'autre ? Réponse en 2004.

Adresse suisse de la Conférence :
Netzwerk Müllerhaus, 5600 Lenzburg 1, tél. : 062 888 01 00

DIE SCHWEIZER EUROPAPOLITIK IST IN DER INNENPOLITIK VERANKERT

Gabriela Winkler, Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik

Die Abstimmung vom 4. März 2001 über die Initiative „Ja zu Europa" hat eines klar gezeigt: Wir sind in unserem Land in der Diskussion über die Integrationspolitik seit 1992 keinen Schritt weitergekommen. Befürworter und Gegner eines EU-Beitrittes halten sich die Waage. Das hat seine tiefliegenden Gründe. Aussenpolitik hatte in der Schweiz nie einen grossen Stellenwert. Die – legitime – Wahrung wirtschaftlicher Interessen unseres Exportlandes bestimmte über Jahrzehnte Kurs und Instrumente.

Der Fall der Berliner Mauer und damit eine völlig neue Europa- und weltpolitische Situation traf die Schweiz noch unvorbereiteter als ihre Nachbarstaaten, die im Hinblick auf ein friedenspolitisches Ziel seit Jahrzehnten das Miteinander unterschiedlichster Völker, Kulturen und Wirtschaften mit allen Mühen, Rückschlägen und Teilerfolgen geübt hatten. Innerhalb von nur drei Jahren versuchte der Bundesrat, den Schweizer Souverän 1992 für den Beitritt zum EWR zu gewinnen.

Nach dessen Scheitern war eine Rückkehr zum Courant normal bilateraler, aussenwirtschaftlicher Verhandlungen angesagt. Das Schweizer Volk hat mit klarem Mehr das Ergebnis der bilateralen sektoriellen Verhandlungen mit der EU gutgeheissen und damit den Weg geebnet für eine Normalisierung unserer Beziehungen zu den EU-Staaten. Mehr nicht, aber auch nicht weniger.

Die Ratifizierung der bilateralen sektoriellen Abkommen gestaltet sich indessen aufwändiger, als die Gegner des EWR-Beitrittes, die sich stark gemacht hatten für die Weiterführung bilateraler Abkommen, glauben machen wollten. Das ist in einer Zeit, da internationale Vereinbarungen meist nur noch multilateral abgeschlossen werden, nicht weiter verwunderlich.

Schattenseiten des Bilateralismus

Der Weg des so genannten Bilateralismus bedeutet konkret, dass wir zwar mit einer EU-Delegation verhandeln, das Verhandlungsergebnis in Bereichen, welche die Römer Verträge tangieren, muss indessen von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union einzeln ratifiziert werden. Da die beiden

Verhandlungsparteien eine Paketlösung von sieben sektoriellen Verträgen beschlossen haben, kann keiner der Verträge in Kraft treten, bevor alle Mitgliedstaaten ratifiziert haben.

Der so genannte Bilateralismus hat auch innenpolitisch durchaus seine Schattenseite. Die Europapolitik, einer der wichtigen Pfeiler unserer Aussenpolitik, wird auch im Inland zum Gegenstand sektorieller Interessen. Es ist nicht mehr allein das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten, welches die Europapolitik prägt, andere Departemente, wie das Verkehrs-, das Justiz- und das Finanzdepartement sind direkt involviert. Nach einem Mitspracherecht verlangen in unserem föderalistischen Staat auch die Kantone. Die innenpolitische Aufbereitung einerseits und die innenpolitische Umsetzung internationaler Abkommen, welche Kompetenzbereich der Kantone tangieren andererseits sind zu einem höchst anspruchsvollen Prozess gediehen.

Was ist das Ziel unserer Aussen- und Europapolitik?

Unglücklicherweise werden in der öffentlichen Diskussion Instrumente und Ziele unserer Aussenpolitik gerne verwechselt. Weder ein bilaterales Abkommen, noch ein Beitritt zu einer internationalen Organisation können ein aussenpolitisches Ziel darstellen. Das Ziel der Aussenpolitik ist einerseits die Interessenwahrung des Landes gegenüber Dritten, andererseits der Einsatz in der Völkergemeinschaft für die Grundwerte, welche unserem Staatswesen zugrunde liegen. Unser Staatsziel und damit auch das Ziel unserer Aussenpolitik steht in der Verfassung klar umschrieben: Förderung der Wohlfahrt und Erhaltung der Souveränität.

Wenn es denn so ist, – und persönlich bin ich überzeugt, dass wir zur Wahrung der Souveränität dort mitreden und mitgestalten müssen, wo die wegweisenden Entscheide für die Völkergemeinschaft fallen –, dann ist das Instrument eines Beitrittsgesuches sowie eines Beitrittes in die Hand zu nehmen. Doch dafür müssen wir innenpolitisch gerüstet sein. Zunächst sind glaubwürdig und nachvollziehbar diejenigen Reformen anzustreben, die wir für das Wohlergehen unseres Landes ohnehin anpacken müssen, ob wir nun vorteilhafterweise früher oder später irgendwelche Integrationsschritte unternehmen oder nicht.

Wir haben eine ganze Reihe innenpolitischer Probleme zu lösen und Reformen vorzunehmen, welche die aussenpolitische Diskussion und ganz besonders die EU-Beitrittsfrage überlagern und belasten.

Welche Debatte wäre zu führen?

Ohne Zweifel wäre die EU-Beitrittsfrage die vordergründig auf der Hand liegende, wichtigste Debatte für unser Land – in politischer und wirtschaftlicher, aber auch in kultureller und ethisch-moralischer Hinsicht. Man mag es bedauern oder nicht, aber unter diesem „Aufhänger" vermeiden wir konsequent die Frage nach der staatspolitischen Identität unseres Landes, der überfälligen innenpolitischen Reform und der Ausrichtung auf ein neues politisches Umfeld. Die Positionierung im internationalen Umfeld ist erst die Folge dieses Reflexionsprozesses. Eines Prozesses, den wir bei der neuen Bundesverfassung ebenso tunlich vermieden haben, wie er in den allzu vorsichtig formulierten aussenpolitischen Berichten des Bundesrates nur zögerlich angeschoben wird.

So oder so – und hier ist ehrliche Aufklärung gefordert – die Schweiz steht vor grossen Veränderungen. Die Rezepte der Vergangenheit helfen nicht weiter. Dogmen und Mythen müssen einer nüchternen Analyse Platz machen. Die Weltgemeinschaft ächtet den Krieg. Die Weiterentwicklung der Menschenrechte und des Völkerrechts sind gemeinsames Ziel. Wo sie missachtet werden, greift die Staatengemeinschaft ein – manchmal mit mehr, manchmal mit weniger Erfolg. In einer solchen Welt ist es für Unternehmen, die sich auf internationalem Parkett bewegen, nicht mehr gleichgültig, ob das Land, in welchem ihr Hauptsitz liegt, aktiv mitwirkender Teil der Staatengemeinschaft sei oder nicht. Die Fragen, welche Veränderungen müssen wir in unserer Wirtschaft in Kauf nehmen, wenn wir draussen bleiben, welche Souveränitätsrechte müssen wir im Falle eines Beitritts abgeben, müssen auf den Tisch. Sicher ist eines: Welchen Entscheid wir auch fällen, die Konsequenzen sind einschneidend und die Schlüsselfrage reduziert sich auf den Punkt, was uns mehr Wohlbefinden und mehr Prosperität bringt.

Die kommenden Jahre müssen ferner genutzt werden, die Schweizerinnen und Schweizer beharrlich und konsequent in die aussenpolitische Neuzeit zu führen. Das kann nur tun, wer bereit ist, „heisse Eisen" mit beiden Händen anzufassen. Diese Diskussion, die Lösung hauseigener dringender Probleme und die Erfahrungen mit den bilateralen Verträgen werden eine weit tragfähigere Basis für eine substantielle EU-Beitrittsdiskussion sein als die gebetsmühlenartig wiederholten Beschwichtigungen, Bekräftigungen auf der einen und die Beschwörung einer düsteren, „fremdbestimmten" Zukunft unseres Landes auf der anderen Seite.